



ZdJ attackiert Wulff-Kritiker



Es gibt Tage, da man die Tatsache bis zur Grenze des physischen Schmerzes bedauert, dass Henryk M. Broder nicht Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland geworden ist. Diese Tage lassen sich sehr klar beschreiben: Das sind all jene, an denen der jetzige Generalsekretär des ZdJ, Stephan Kramer (Foto), seinen Mund aufmacht. Der zum Judentum Konvertierte posaunt mittels seines Amtes seine linke Sicht in die Welt hinaus, indem er die Kritiker Christian Wulffs attackiert – wobei seine Wortwahl verräterisch ist. Wohltuend klar und intellektuell stringent dagegen der offene Brief Broders und Reinhard Mohrs im Tagesspiegel.

Kramer kritisiert [laut Welt](#) die Debatte um Christian Wulffs unsägliche Rede als hysterisch und als Realitätsverweigerung. Doch anders als Kramer meint, hat der einen klaren Blick, der sich gegen die Gleichstellung mit dem real existierenden Islam wehrt.

Kramer kritisierte, die Debatte über die Äußerungen des Bundespräsidenten sei "nahezu schon hysterisch". Dies zeige,

“dass sich offensichtlich viele Politiker bis heute den Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft verschließen“. Kramer fügte hinzu: “Die hierzulande lebenden Moslems sind Teil unserer Gesellschaft. Daher gehört natürlich auch ihre Religion in dieses Land.“ Schließlich sei das Recht auf freie Religionsausübung im Grundgesetz verankert.

Es dürfte Kramer überfordern, von ihm die Überlegung zu erhoffen, dass eine freiheitliche Verfassung niemanden den Anspruch zubilligt, sich bei der Beseitigung ebenjener Freiheit rein zweckrational auf das Grundgesetz und dabei vermeintlich auf die Religionsfreiheit zu berufen, um so sowohl die Verfassung selbst sowie auch die durch sie garantierten Freiheitsrechte zu beseitigen.

Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden forderte, es müssten pragmatisch Konzepte entwickelt werden, wie eine plurale Gesellschaft zukunftsfähig gemacht werden könne. Statt dessen holten Wulff-Kritiker “propagandistische Phrasen aus der politischen Mottenkiste, die den Eindruck erwecken, Deutschland stünde unmittelbar vor der Wahl zwischen Grundgesetz und Scharia“.

Die Fragen, die Kramer mit seiner seine wahre Sicht der Dinge entblößenden Sprache aufwirft, sind folgende: Wenn Deutschland, wie er meint, nicht „unmittelbar vor der Wahl zwischen Grundgesetz und Scharia“ steht, wann wird denn dann – nach Ansicht Kramers – diese Wahl anstehen, wenn nicht jetzt „unmittelbar“? Und wenn es eine Wahl von entweder oder ist, kann es dann sein, dass auch Kramer die Scharia als mit dem Grundgesetz für unvereinbar betrachtet; was objektiv richtig ist. Und wenn Kramer bei der Diskussion, inwieweit der Islam angeblich Teil Deutschlands ist, übergangslos von der Scharia spricht, sollte man dann daraus entnehmen, dass Kramer das islamische Rechtssystem als einen unauflöslchen Bestandteil des Islam betrachtet, womit er erneut richtig läge? Sollte

also Kramer den Kritikern innerlich recht geben, oder vermag er sich nur nicht deutlich und klar auszudrücken? Letzteres ist immer schwierig, wenn man von den wahren Problemen ablenken will und Sprache verschleiern soll.

Möglicherweise hofft Kramer auch, bis zur Entscheidung – die er fälschlicherweise in der Zukunft vermutet – noch unbehelligt weiterleben zu können. Dazu bedient er gegenwärtig schlicht den Zeitgeist der politischen und medialen Elite.

Den Ansatz einer derartigen Problemverleugnung oder Verdrängung haben Broder und Mohr nicht, was ihren [offenen Brief an Christian Wulff](#) zu einem Lesegenuss macht.

Sie machen darauf aufmerksam, dass eine Gesellschaft, die viele (Nicht-) Glaubensrichtungen in sich vereint, nur im Abstand zur Religion, ja, Trennung von ihr bestehen kann, was erst erkämpft werden musste. Sie verweisen auf die Geistesgeschichte Europas und damit auf die Aufklärung. Aber anderes als Broder und Mohr meinen, hat Wulff in seiner Rede auf diese nicht nur nicht hingewiesen, sondern die Ideale der Aufklärung verraten. Wer das koranische Unterdrückungssystem als mit der Freiheit vereinbar erklärt, der ergibt sich der Versklavung oder wie der Islam wörtlich zu verstehen ist, der Unterwerfung.

Soweit die Aufklärung von den Apologeten des Islam überhaupt einmal die Aufklärung angeführt wird, wird diese auf die Ringparabel reduziert. Aber auch dieser Bezug wird falsch hergestellt. Die Ringparabel richtet an die drei dort „handelnden“ Religionen den Appell, das jeweils Andere gelten zu lassen. Bei zweien kam der Appell an, die Dritte hat ihn bis heute noch nicht einmal verstanden. Dieses Manko versuchen insbesondere die Amtskirchen durch Selbstaufgabe auszugleichen. Andere wiederum vermögen nicht, den Islam zu kritisieren, und sehen daher in einer Art Überkompensation den Fehler bei der Gesellschaft, die den Islam noch mehr willkommen heißen soll, der für diese Werteordnung nichts als

Verachtung übrig hat. Wenn der Islam diese Anerkennung nicht leistet, kommt man dieser unter Inkaufnahme der eigenen Unkenntlichkeit nach.

Eine Ideologie, die dazu nicht bereit ist, Anderes neben sich nicht gelten zu lassen, sondern als minderwertig betrachtet, kann weder Religionsfreiheit genießen noch zu Deutschland gehören. Insofern stehen wir heute wie jeden Tag vor der Entscheidung zwischen Freiheit und Unterwerfung.